



Beschleunigung der Energie- und Wärmewende – Welche Konzepte haben die Parteien?

Der Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Industrie wird nicht ohne die deutliche Beschleunigung der Energiewende gelingen. Der Anteil der erneuerbaren Energien ist zwar gestiegen, dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Bedarf daran in den kommenden Jahren dramatisch ansteigen wird. Die Mobilitätswende, der Wärmebedarf in den Bereichen Industrie und Gebäude inklusive der Bedarfe von Grundstoffindustrien wie z.B. der Stahlindustrie ziehen einen enormen Bedarf an Strom aus erneuerbaren Energie nach sich.

Erneuerbare Energien ausbauen

Der schnellere Ausbau und die Schaffung von Akzeptanz für erneuerbare Energien sind daher wesentlich für die Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft. Die IG Metall fordert eine Modernisierung und deutlich mehr Geschwindigkeit in der Planungsausführung. Wir brauchen verlässliche Ausbaupfade für Wind- und Solarenergie, so dass 2030 der Anteil erneuerbarer Energie mindestens 70 Prozent beträgt. Zudem muss die Bundesregierung realistischere Annahmen zum künftigen Stromverbrauch treffen. Bedarfe der Mobilitätswende, der Grundstoffindustrien und des Wärme-sektors sind noch nicht ausreichend berücksichtigt und werden dazu führen, dass sich der Stromverbrauch in den nächsten 20 Jahren verdoppelt.

Wärmewende voranbringen

Auch die Wärmewende muss entschiedener vorange-trieben werden. Neben der Erhöhung der Modernisie-rungsrate bei Gebäuden auf mindestens zwei Prozent

pro Jahr sowie dem Ausbau von Fernwärme müssen vor allem die Technologieoptionen bei Wärmepumpen, erneuerbare Wärmeerzeuger bis hin zu synthetischen Brennstoffen weiterentwickelt werden. Die Energiewirt-schaft muss dabei neu ausgerichtet werden. Im Ener-gieanlagen- und Kraftwerksbau muss neue Energie-technik gefördert werden, bspw. Hochtemperaturwär-me, Kraft-Wärme-Kopplung oder die Kohlenstoffnut-zung. Auch flexible Gaskraftwerke werden als Brücken-technologie benötigt. Die vorhandene Gasnetzinfra-struktur kann für die Versorgung mit „grünem Gas“ genutzt werden.

Wasserstoffwirtschaft entwickeln

Der Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffinfrastruk-tur ist eine weitere zentrale Voraussetzung für eine klimaneutrale Industrie. Wasserstofftechnologien kön-nen nicht nur zur Dekarbonisierung beitragen, sondern müssen auch zukünftig für neue Wertschöpfung und Beschäftigung sorgen. Voraussetzung ist allerdings, dass Wasserstoff mit Hilfe erneuerbarer Energie ge-wonnen wird. Da der Energiebedarf sehr hoch ist, muss eine klare Priorisierung bei Nutzung festgelegt werden. Wasserstoff soll zuerst dort eingesetzt werden, wo es keine Alternativen gibt, wie z.B. in den Grundstoffindustrien (Stahl, Chemie, Zement) oder im Luft-, See- und Schienenverkehr.

Der Ausbau von Produktion und Infrastruktur beim Wasserstoff wird hierbei zum Nadelöhr: Bis 2030 müssen die Kapazitäten für Elektrolyseure auf mindestens zehn Gigawatt hochlaufen.

Energie- und Wärmewende: Das meinen die Parteien* zu wesentlichen Forderungen der IG Metall



metallforderung	CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP
Verlässlichere und höhere Ausbaupfade für Erneuerbare Energien	Vage Ankündigung von Ausbauplänen, Umsetzung unzureichend 	Massiver Ausbau unter Beteiligung der Bürger*innen z.B. durch Genossenschaften. Verbindliche Ausbauziele über Zukunftspakt mit Bund, Ländern und Kommunen 	Verbindliche Ausbauziele werden formuliert, Steuer- und Abgabenreform, für verlässliche und wettbewerbsfähige Preise und Förderung der Sektorenkopplung 	Verbindliche Ausbauziele für Wind- und Solarenergie werden formuliert 	Erneuerbare Energie werden dem Wettbewerb überführt. Vorgegebene Ausbaupfade für einzelne Erzeugungstechnologien werden abgelehnt
Annahmen zum Strombedarf nach oben anpassen	Vage Aussagen, dass der Strombedarf stark steigend ist 	Bis 2030 wird ein deutlicher Zuwachs des Strombedarfs unterstellt 	Erheblicher Mehrbedarf an Strom wird benötigt, da fossile Energieträger ersetzt werden müssen 	Strombedarf soll begrenzt werden 	Keine Aussage
Netzausbau mit Hochdruck vorantreiben	Netzausbau soll beschleunigt werden, die Umsetzung bleibt vage 	Mehr Tempo beim Ausbau von Stromnetzen, Bahnstrecken und weiterer Infrastruktur 	Netze sollen schneller ausgebaut werden. Öffentlicher Einfluss soll gestärkt werden. 	Überführung der Netze in staatlicher Hand, Vergesellschaftung großer Energiekonzerne, deutlicher Netzausbau erforderlich 	Keine Aussage
Flächenverfügbarkeit gewährleisten sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen	Mehr Flächen sollen ausgewiesen werden, konkrete Vorschläge, wie Planungs- und Genehmigungsverfahren verkürzt werden 	Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen angestrebt. Rechtswege und Verfahren durch mehr Bürger*innenbeteiligung verkürzt werden 	2 Prozent der Fläche der Bundesrepublik sollen für die Energieversorgung bereitgestellt werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren werden entbürokratisiert und beschleunigt 	Durch Bürger*innenbeteiligung und regionaler Ausrichtung soll Akzeptanz geschaffen werden. Eine Beschleunigung der Verfahren zu Lasten der Beteiligung wird abgelehnt 	Keine Aussage zur Flächenverfügbarkeit, Verfahren sollen beschleunigt und digitalisiert werden, Umsetzung bleibt vage.

* Das Wahlprogramm der AfD weist in vielen der benannten Themenfeldern erhebliche Lücken auf, die eine inhaltliche Auseinandersetzung unmöglich machen. Darüber hinaus werden die rechtsradikalen Positionen der Partei durch das Wahlprogramm nur unzureichend widerspiegelt. Das ist Teil ihres taktischen Vorgehens. Aus diesen Gründen, haben wir in dieser Tabelle auf eine Auseinandersetzung mit Positionen der AfD verzichtet.

metallforderung	CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP
Tarifbedingungen als Kriterium bei Ausschreibungen	Keine Aussage 	Öffentliche Aufträge nur an Unternehmen, die nach Tarif bezahlen 	Öffentliche Aufträge nur an Firmen, die tarifgebunden sind oder zumindest Tarif-löhne zahlen 	Staatliche Gelder werden nur an Unternehmen, die tarif-gebunden sind vergeben 	Keine Aussage 
EEG-Umlage abschaffen, Stromsteuer senken	Die regulatorischen Kosten sollen gesenkt werden, Umsetzungsschritte bleiben vage 	EEG-Umlage wird bis 2025 abgeschafft 	Die EEG-Umlage wird zu einem Absicherungsinstrument weiterentwickelt 	EEG-Umlage wird abgeschafft und Stromsteuern abgesenkt, Ungerechtfertigte Industrierabatte sollen abgeschafft werden. 	Stromsteuer soll gesenkt und EEG-Umlage schrittweise abgeschafft werden. Erneuerbare sollen dem Wettbewerb überführt werden 
Modernisierungsrate bei Gebäuden verdoppeln	KfW-Programme werden attraktiver gestaltet, Steuerförderung bei Gebäudesanierung wird ausgedehnt 	Bis 2030 sollen 5 Millionen Häuser über neue Heiz- und Energiesysteme verfügen 	Die Sanierungsrate soll verdoppelt werden, Investitionsprogramm für 2 Millionen Wärmepumpen wird aufgelegt 	Sanierungsquote muss verdreifacht werden, dauerhaft sollen Fördermittel von 10 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden 	Keine Aussage 
flexible Gaskraftwerke bauen	Keine Aussage 	Gaskraftwerke als Brückentechnologie 	Neue Gaskraftwerke darf es nur geben, wenn sie „Wasserstoff-ready“ geplant sind 	Ausstieg aus Erdgas-Verstromung gefordert 	Keine Aussage 
Wasserstoffinfrastruktur schaffen	Umfassende Wertschöpfungskette soll aufgebaut, Innovationszyklen beschleunigt und Gasnetze ausgebaut werden 	Mehr Tempo beim Ausbau der Wasserstoffwirtschaft gefordert 	Führungsrolle in der Wasserstoffwirtschaft soll erhalten und ausgebaut werden. Entsprechendes Marktdesign und Förderprogramme werden gefordert 	Wasserstoff soll nur auf Basis von erneuerbaren Strom hergestellt werden und dort eingesetzt werden, wo es keine Alternative gibt (z.B. Stahlherstellung) 	Wasserstoff wird als zentrale Säule der Energieversorgung gesehen. Umsetzung bleibt vage 